

# **Die Novellierung des BauGB 2004**

## **Teil II**

### **EU-rechtliche Vorgaben zur UP im neuen BauGB**

Prof. Dr. Michael Krautzberger  
Berlin/Bonn

Stand 10. Oktober 2004

## **Die „strategische Umweltprüfung“**

- **Zu der EU Richtlinie im einzelnen**
- **Einige Bestimmungen der SUP-Richtlinie**

## **Art. 1 SUP-RL: Ziele**

**Ziel dieser Richtlinie ist es, im Hinblick auf die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung ein hohes Umweltschutzniveau sicherzustellen und dazu beizutragen, dass Umwelterwägungen bei der Ausarbeitung und Annahme von Plänen und Programmen einbezogen werden, indem dafür gesorgt wird, dass bestimmte Pläne und Programme, die voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen haben, entsprechend dieser Richtlinie einer Umweltprüfung unterzogen werden.**

## Art. 2 SUP-RL: Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Richtlinie bezeichnet der Ausdruck

- a) **„Pläne und Programme“** Pläne und Programme, einschließlich der von der Europäischen Gemeinschaft mitfinanzierten, sowie deren Änderungen,
  - die von einer Behörde auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene ausgearbeitet und/oder angenommen werden oder die von einer Behörde für die Annahme durch das Parlament oder die Regierung im Wege eines Gesetzgebungsverfahrens ausgearbeitet werden und
  - die aufgrund von Rechts- oder Verwaltungsvorschriften erstellt werden müssen;
- b) **„Umweltprüfung“** die Ausarbeitung eines Umweltberichts, die Durchführung von Konsultationen, die Berücksichtigung des Umweltberichts und der Ergebnisse der Konsultationen bei der Entscheidungsfindung und die Unterrichtung über die Entscheidung gemäß den Artikeln 4 bis 9;
- c) **„Umweltbericht“** den Teil der Plan- oder Programmdokumentation, der die in Artikel 5 und in Anhang I vorgesehenen Informationen enthält;
- d) **„Öffentlichkeit“** eine oder mehrere natürliche oder juristische Personen und, in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder der innerstaatlichen Praxis, deren Vereinigungen, Organisationen oder Gruppen.

## **Art. 3 SUP-RL: Geltungsbereich**

**(1) Die unter die Absätze 2 bis 4 fallenden Pläne und Programme, die voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen haben, werden einer Umweltprüfung nach den Artikeln 4 bis 9 unterzogen.**

**(2) Vorbehaltlich des Absatzes 3 wird eine Umweltprüfung bei allen Plänen und Programmen vorgenommen,**

**a) die in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Energie, Industrie, Verkehr, Abfallwirtschaft, Wasserwirtschaft, Telekommunikation, Fremdenverkehr, Raumordnung oder Bodennutzung ausgearbeitet werden und durch die der Rahmen für die künftige Genehmigung der in den Anhängen I und II der Richtlinie 85/337/EWG aufgeführten Projekte gesetzt wird oder**

**b) bei denen angesichts ihrer voraussichtlichen Auswirkungen auf Gebiete eine Prüfung nach Artikel 6 oder 7 der Richtlinie 92/43/EWG für erforderlich erachtet wird.**

**(3) Die unter Absatz 2 fallenden Pläne und Programme, die die Nutzung kleiner Gebiete auf lokaler Ebene festlegen, sowie geringfügige Änderungen der unter Absatz 2 fallenden Pläne und Programme bedürfen nur dann einer Umweltprüfung, wenn die Mitgliedstaaten bestimmen, dass sie voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen haben.**

**(4) Die Mitgliedstaaten befinden darüber, ob nicht unter Absatz 2 fallende Pläne und Programme, durch die der Rahmen für die künftige Genehmigung von Projekten gesetzt wird, voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen haben.**

## **Art. 3 SUP-RL: Geltungsbereich**

- (5) Die Mitgliedstaaten bestimmen entweder durch Einzelfallprüfung oder durch Festlegung von Arten von Plänen und Programmen oder durch eine Kombination dieser beiden Ansätze, ob die in den Absätzen 3 und 4 genannten Pläne oder Programme voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen haben. Zu diesem Zweck berücksichtigen die Mitgliedstaaten in jedem Fall die einschlägigen Kriterien des Anhangs II, um sicherzustellen, dass Pläne und Programme, die voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen haben, von dieser Richtlinie erfasst werden.**
- (6) Im Rahmen einer Einzelfallprüfung und im Falle der Festlegung von Arten von Plänen und Programmen nach Absatz 5 sind die in Artikel 6 Absatz 3 genannten Behörden zu konsultieren.**
- (7) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die nach Absatz 5 getroffenen Schlussfolgerungen, einschließlich der Gründe für die Entscheidung, keine Umweltprüfung gemäß den Artikeln 4 bis 9 vorzuschreiben, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.**
- (8) Die folgenden Pläne und Programme unterliegen dieser Richtlinie nicht:**
- Pläne und Programme, die ausschließlich Zielen der Landesverteidigung oder des Katastrophenschutzes dienen;**
  - Finanz- oder Haushaltspläne und -programme.**
- (9) Diese Richtlinie gilt nicht für Pläne und Programme, die in den laufenden jeweiligen Programmplanungszeiträumen**

## **Art. 4 SUP-RL: Allgemeine Verpflichtungen**

**(1) Die Umweltprüfung nach Artikel 3 wird während der Ausarbeitung und vor der Annahme eines Plans oder Programms oder dessen Einbringung in das Gesetzgebungsverfahren durchgeführt.**

**(2) Die Mitgliedstaaten übernehmen die Anforderungen dieser Richtlinie entweder in bestehende Verfahren zur Annahme von Plänen und Programmen oder in neue Verfahren, die festgelegt werden, um dieser Richtlinie nachzukommen.**

**(3) Gehören Pläne und Programme zu einer Plan- oder Programmhierarchie, so berücksichtigen die Mitgliedstaaten zur Vermeidung von Mehrfachprüfungen die Tatsache, dass die Prüfung gemäß der vorliegenden Richtlinie auf verschiedenen Stufen dieser Hierarchie durchgeführt wird.**

**Die Mitgliedstaaten wenden, unter anderem zur Vermeidung von Mehrfachprüfungen Artikel 5 Absätze 2 und 3 an.**

## **Art. 5 SUP-RL: Umweltbericht**

**(1) Ist eine Umweltprüfung nach Artikel 3 Absatz 1 durchzuführen, so ist ein Umweltbericht zu erstellen; darin werden die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen, die die Durchführung des Plans oder Programms auf die Umwelt hat, sowie vernünftige Alternativen, die die Ziele und den geographischen Anwendungsbereich des Plans oder Programms berücksichtigen, ermittelt, beschrieben und bewertet. Welche Informationen zu diesem Zweck vorzulegen sind, ist in Anhang I angegeben.**

**(2) Der Umweltbericht nach Absatz 1 enthält die Angaben, die vernünftigerweise verlangt werden können, und berücksichtigt dabei den gegenwärtigen Wissensstand und aktuelle Prüfmethode, Inhalt und Detaillierungsgrad des Plans oder Programms, dessen Stellung im Entscheidungsprozess sowie das Ausmaß, in dem bestimmte Aspekte zur Vermeidung von Mehrfachprüfungen auf den unterschiedlichen Ebenen dieses Prozesses am besten geprüft werden können.**

**(3) Zur Gewinnung der in Anhang I genannten Informationen können alle verfügbaren relevanten Informationen über die Umweltauswirkungen der Pläne und Programme herangezogen werden, die auf anderen Ebenen des Entscheidungsprozesses oder aufgrund anderer Rechtsvorschriften der Gemeinschaft gesammelt wurden.**

**(4) Die in Artikel 6 Absatz 3 genannten Behörden werden bei der Festlegung des Umfangs und Detaillierungsgrads der in den Umweltbericht aufzunehmenden Informationen konsultiert.**



## **Art. 6 SUP-RL: Konsultationen**

**(1) Der Entwurf des Plans oder Programms und der nach Artikel 5 erstellte Umweltbericht werden den in Absatz 3 genannten Behörden sowie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.**

**(2) Den Behörden nach Absatz 3 und der Öffentlichkeit nach Absatz 4 wird innerhalb ausreichend bemessener Fristen frühzeitig und effektiv Gelegenheit gegeben, vor der Annahme des Plans oder Programms oder seiner Einbringung in das Gesetzgebungsverfahren zum Entwurf des Plans oder Programms sowie zum begleitenden Umweltbericht Stellung zu nehmen.**

**(3) Die Mitgliedstaaten bestimmen die zu konsultierenden Behörden, die in ihrem umweltbezogenen Aufgabenbereich von den durch die Durchführung des Plans oder Programms verursachten Umweltauswirkungen betroffen sein könnten.**

**•(4) Die Mitgliedstaaten bestimmen, was unter „Öffentlichkeit“ im Sinne des Absatzes 2 zu verstehen ist; dieser Begriff schließt die Teile der Öffentlichkeit ein, die vom Entscheidungsprozess gemäß dieser Richtlinie betroffen sind oder voraussichtlich betroffen sein werden oder ein Interesse daran haben, darunter auch relevante Nichtregierungsorganisationen, z. B. Organisationen zur Förderung des Umweltschutzes und andere betroffene Organisationen.**

**•(5) Die Einzelheiten der Information und Konsultation der Behörden und der Öffentlichkeit werden von den Mitgliedstaaten festgelegt.**

## **Art. 7 SUP-RL: Grenzüberschreitende Konsultationen**

**(1) Ist ein Mitgliedstaat der Auffassung, dass die Durchführung eines Plans oder Programms, der bzw. das für sein Hoheitsgebiet ausgearbeitet wird, voraussichtlich erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt eines anderen Mitgliedstaats haben wird, oder stellt ein Mitgliedstaat, der voraussichtlich erheblich betroffen sein wird, einen entsprechenden Antrag, so übermittelt der Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet der Plan oder das Programm ausgearbeitet wird, vor der Annahme des Plans oder Programms oder vor dessen Einbringung in das Gesetzgebungsverfahren eine Kopie des Plan- oder Programmentwurfs und des entsprechenden Umweltberichts an den anderen Mitgliedstaat.**

**(2) Wenn ein Mitgliedstaat gemäß Absatz 1 eine Kopie des Plan- oder Programmentwurfs und des Umweltberichts erhält, teilt er dem anderen Mitgliedstaat mit, ob er vor der Annahme des Plans oder Programms oder vor dessen Einbringung in das Gesetzgebungsverfahren Konsultationen wünscht; ist dies der Fall, so führen die betreffenden Mitgliedstaaten Konsultationen über die voraussichtlichen grenzüberschreitenden Auswirkungen, die die Durchführung des Plans oder Programms auf die Umwelt hat, und über die geplanten Maßnahmen, die der Verminderung oder Vermeidung solcher Auswirkungen dienen**

**•sollen. Finden solche Konsultationen statt, so verständigen sich die betreffenden Mitgliedstaaten auf Einzelheiten, um sicherzustellen, dass die Behörden nach Artikel 6 Absatz 3 und die Öffentlichkeit nach Artikel 6 Absatz 4 in dem Mitgliedstaat, der voraussichtlich erheblich betroffen sein wird, unterrichtet werden und Gelegenheit erhalten, innerhalb einer angemessenen Frist Stellung zu nehmen.**

## **Art. 7 SUP-RL: Grenzüberschreitende Konsultationen**

**(3) Sind nach diesem Artikel Konsultationen zwischen Mitgliedstaaten erforderlich, so vereinbaren diese zu Beginn dieser Konsultationen einen angemessenen Zeitrahmen für deren Dauer.**

## **Art. 8 SUP-RL: Entscheidungsfindung**

**Der nach Artikel 5 erstellte Umweltbericht, die nach Artikel 6 abgegebenen  
Stellungnahmen und die Ergebnisse von nach Artikel 7 geführten  
grenzüberschreitenden Konsultationen  
werden bei der Ausarbeitung  
und vor der Annahme des Plans oder Programms  
oder vor dessen Einbringung in das Gesetzgebungsverfahren  
berücksichtigt.**

## **Art. 9 SUP-RL: Bekanntgabe der Entscheidung**

**(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass nach der Annahme eines Plans oder eines Programms dies den Behörden nach Artikel 6 Absatz 3, der Öffentlichkeit und jedem gemäß Artikel 7 konsultierten Mitgliedstaat bekanntgegeben wird und dass diesen Folgendes zugänglich gemacht wird:**

**a) der angenommene Plan oder das angenommene Programm;**

**b) eine zusammenfassende Erklärung, wie Umwelterwägungen in den Plan oder das Programm einbezogen wurden, wie der nach Artikel 5 erstellte Umweltbericht, die nach Artikel 6 abgegebenen Stellungnahmen und die Ergebnisse von nach Artikel 7 geführten Konsultationen gemäß Artikel 8 berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der angenommene Plan oder das angenommene Programm, nach Abwägung mit den geprüften vernünftigen Alternativen, gewählt wurde; und**

**c) die Maßnahmen, die zur Überwachung gemäß Artikel 10 beschlossen wurden.**

**(2) Die Einzelheiten der Unterrichtung nach Absatz 1 werden von den Mitgliedstaaten festgelegt.**

## **Art. 10 SUP-RL: Überwachung**

**(1) Die Mitgliedstaaten überwachen die erheblichen Auswirkungen der Durchführung der Pläne und Programme auf die Umwelt, um unter anderem frühzeitig unvorhergesehene negative Auswirkungen zu ermitteln und um in der Lage zu sein, geeignete Abhilfemaßnahmen zu ergreifen.**

**(2) Zur Erfüllung der Anforderungen nach Absatz 1 können, soweit angebracht, bestehende Überwachungsmechanismen angewandt werden, um Doppelarbeit bei der Überwachung zu vermeiden.**

## **Art. 11 SUP-RL:Verhältnis zu anderen Gemeinschaftsvorschriften**

**(1) Die Umweltprüfungen gemäß dieser Richtlinie lassen die Anforderungen der Richtlinie 85/337/EWG sowie anderer Rechtsvorschriften der Gemeinschaft unberührt.**

**(2) Bei Plänen und Programmen, bei denen sich die Verpflichtung, eine Prüfung der Umweltauswirkungen durchzuführen, sowohl aus dieser Richtlinie als auch aus anderen Rechtsvorschriften der Gemeinschaft ergibt, können die Mitgliedstaaten koordinierte oder gemeinsame Verfahren, die die Anforderungen der einschlägigen Rechtsvorschriften der Gemeinschaft erfüllen, vorsehen, unter anderem, um Mehrfachprüfungen zu vermeiden.**

**(3) Für Pläne und Programme, die von der Europäischen Gemeinschaft mitfinanziert werden, wird die Umweltprüfung gemäß dieser Richtlinie im Einklang mit den in den einschlägigen Gemeinschaftsvorschriften festgelegten besonderen Bestimmungen durchgeführt.**

## **Art. 12 SUP-RL: Informationen, Berichte und Überprüfungen**

**(1) Die Mitgliedstaaten und die Kommission tauschen Informationen über die bei der Anwendung dieser Richtlinie gesammelten Erfahrungen aus.**

**(2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Umweltberichte von ausreichender Qualität sind, um die Anforderungen dieser Richtlinie zu erfüllen, und unterrichten die Kommission über alle Maßnahmen, die sie bezüglich der Qualität dieser Berichte ergreifen.**

**(3) Die Kommission legt dem Europäischen Parlament und dem Rat vor dem 21. Juli 2006 einen ersten Bericht über die Anwendung und Wirksamkeit dieser Richtlinie vor.**

**•Damit Erfordernisse des Umweltschutzes stärker gemäß Artikel 6 des Vertrags einbezogen werden, werden, falls angebracht, diesem Bericht unter Berücksichtigung der bei der Anwendung dieser Richtlinie in den Mitgliedstaaten gesammelten Erfahrungen Vorschläge zur Änderung dieser Richtlinie beigefügt. Die Kommission wird insbesondere die Möglichkeit in Erwägung ziehen, den Geltungsbereich dieser Richtlinie auszudehnen, um andere Bereiche/Sektoren und andere Arten von Plänen und Programmen abzudecken.**

**•Alle sieben Jahre wird ein neuer Evaluierungsbericht erstellt.**

**(4) Die Kommission berichtet über den Zusammenhang zwischen dieser Richtlinie und den Verordnungen (EG) Nr. 1260/1999 und (EG) Nr. 1257/1999 frühzeitig vor Ablauf der Programmplanungszeiträume, die in diesen Verordnungen festgelegt sind, um eine kohärente Vorgehensweise in Bezug auf diese Richtlinie und spätere Gemeinschaftsverordnungen zu gewährleisten.**



## **Art. 13 SUP-RL: Umsetzung der Richtlinie**

**(1) Die Mitgliedstaaten erlassen die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, um dieser Richtlinie vor dem 21. Juli 2004 nachzukommen. Sie setzen die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis.**

**(2) Wenn die Mitgliedstaaten derartige Vorschriften erlassen, nehmen sie in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Form dieser Bezugnahme.**

**(3) Die Verpflichtung nach Artikel 4 Absatz 1 gilt für die Pläne und Programme, deren erster förmlicher Vorbereitungsakt nach dem in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Zeitpunkt erstellt wird. Pläne und Programme, deren erster förmlicher Vorbereitungsakt vor diesem Zeitpunkt liegt und die mehr als 24 Monate danach angenommen oder in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden, unterliegen der Verpflichtung von Artikel 4 Absatz 1, es sei denn, die Mitgliedstaaten entscheiden im Einzelfall, dass dies nicht durchführbar ist, und unterrichten die Öffentlichkeit über ihre Entscheidung.**

**(4) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission vor dem 21. Juli 2004 neben Angaben zu den in Absatz 1 genannten Vorschriften auch gesonderte Angaben über die Arten von Plänen und Programmen, die nach Artikel 3 einer Umweltprüfung gemäß dieser Richtlinie unterliegen würden. Die Kommission stellt diese Angaben den Mitgliedstaaten zur Verfügung. Die Angaben werden regelmäßig auf den neuesten Stand gebracht.**

## **Art. 14 SUP-RL: Inkrafttreten**

- **Diese Richtlinie tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft. (:20.7.2001)**

## **Leitsätze bei der Umsetzung der Plan-UP-Richtlinie**

- **Die UP enthält keine neuen materiellen Anforderungen.**
- **Die UP ist ein formales Verfahren für das, was bei ordnungsgemäßer Bauleitplanung ohnehin gemacht werden muss.**
- **Die UP kann so in die Bauleitplanung integriert werden, dass keine neuen Verfahren geschaffen werden.**

**Die europäischen Regeln zum Umweltrecht sind uneingeschränkt umzusetzen.**

- **Damit werden speziell zu diesen „Belangen“ gesonderte Verfahrensschritte eingeführt.**
- **Vor allem bei den Beteiligungen,**
- **aber auch bei der Begründung der Bauleitpläne**
- **und deren Überwachung.**

## **Höheres Gewicht der Umweltbelange?**

- **Für den Gesetzestext bedeutet das:**
- **Übergewicht der Umweltaspekte gegenüber anderen Belangen**
- **Was die Abwägungsrelevanz betrifft  
Ist dies ohne Bedeutung**
- **Es ist ausschließlich Folge der unterschiedlichen  
Regelungskompetenzen der EU (:Umweltrecht)  
einerseits und des Mitgliedstaats (:sonstige Belange)  
andererseits**

# **Projekt-UVP Plan-UP**

- **Projekt-UVP bleibt der Maßstab**
- **UVPG 2001 entfällt für die Bebauungspläne**
- **Also auch: §§ 3 a ff. UVPG**
- **An ihre Stelle tritt die neue Plan-UP**

# Begriffe

- **UVP**
- **UP**
- **SUP**

## Die Optionen der UP - Richtlinie

- **Pflicht zur Umweltprüfung: Rechtlicher Rahmen für Projekte der Projekt-UVP oder FFH-Gebiete**
- **UP-Pflicht für alle Pläne**
- **oder:**
- **durch „Screening“ = Einzelfallprüfung zur Entscheidung der UP-Pflicht *in allen Fällen***
- **mit Behördenbeteiligung und Bekanntgabe**
- **„Scoping“ = Bestimmung („Eingrenzung“) der Unterlagen durch Behördenbeteiligung**



# Umsetzungskonzept

**Anwendungsbereich: grundsätzlich alle**

- **Flächennutzungspläne**
  - **Bebauungspläne**
  - **einschließlich ihrer Änderung und Ergänzungen**
- 
- **Ausnahme: das neue vereinfachte Verfahren nach § 13 BauGB**
  - **Ausnahmeregelung der SUP-Richtlinie**

## **Keine Anwendungspflicht der UP:**

- **Informelle Planungen („Rahmenpläne“)**
- **Sanierungssatzungen**
- **Entwicklungssatzungen**

## **Satzungen nach §§ 34 und 35 BauGB**

- **Grundsatz:**
- **Anwendbarkeit wie beim Bebauungsplan**
- **Also Umweltprüfung erforderlich**

# Ausnahmen

- **Klarstellungssatzung nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr.1**

## **Auch Innenbereichssatzungen?**

- **So der Regierungsentwurf**
- **Entsprechend Gutachten Pietzker und Expertenkommission**
- **Ausnahme: Klarstellungssatzung nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr.1**
- **Streichung der Außenbereichssatzung im Regierungsentwurf**

## **Bundestagsbeschluss 30.4.2004**

- **Tatbestand der §§ 34- und 35-Satzungen wird auf die nicht-UVP-pflichtigen Fälle beschränkt**
- **Angleichung an § 13**
- **Keine UP bei § 34 – Satzungen**
- **Beibehaltung der § 35 – Satzung ohne UP**
- **Keine Genehmigung der Innenbereichs- und Außenbereichssatzung**

## **UP - Das Umsetzungskonzept im EAG Bau**

- **UP wird selbstverständlicher Bestandteil des Planungsprozesses**
- **kein Screening**

## **Umsetzungskonzept II**

**UP als Trägerverfahren  
für die bauplanungsrechtlichen  
Umweltverfahren:**

- **naturschutzrechtliche Eingriffsregelung**
- **Verträglichkeitsprüfung nach FFH-Richtlinie**
- **Projekt-UVP-Prüfung**



**„Strategische Umweltprüfung“ (SUP) und  
„Umweltprüfung“ (UP)  
Was ist der Unterschied?**

- **Wegen der Integration der Umweltprüfungen nach nationalem Recht**
- **In die neue „SUP“**
- **Verwendet das BauGB ausschließlich den Begriff der „Umweltprüfung“**

## **Umsetzungskonzept III**

- **Integration der EU-Vorgaben in die bestehenden Verfahrensvorschriften**
- **Einziges neu zu regelndes Verfahrensschritt:  
Monitoring  
weiter Handlungsspielraum für die Gemeinden**
- **Aber zahlreiche Änderungen in den bestehenden Verfahren**
- **Beschränkt auf die Umweltprüfung**

# Überblick - Bauleitplanverfahren

- **§ 1: Grundsätze der Bauleitplanung**
- **§ 1 a: Ergänzende Vorschriften zum Umweltschutz**
- **§ 2 Aufstellung der Bauleitpläne**
- **§ 2a: Begründung zum Bauleitplanentwurf;  
Umweltbericht**
- **§ 3: Beteiligung der Öffentlichkeit**
- **§ 4: Beteiligung der Behörden**
- **§ 4a: Gemeinsame Vorschriften zur Beteiligung**
- **§ 4b: Einschaltung eines Dritten**
- **§ 4c: Überwachung**

# **§ 1. Grundsätze der Bauleitplanung**

# **„Umweltprüfung“**

## **Die neuen gesetzlichen Anforderungen**

## **Prüfungsgegenstand der neuen UP**

- **§ 2 Abs. 4 Satz 1 BauGB:**
- **die in § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB und**
- **die in § 1 a BauGB bezeichneten Belange**

## **§ 1 Abs. 6 Nr. 7**

- 7. die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere**
  - a) die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt,**
  - b) die Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung und der europäischen Vogelschutzgebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes,**
  - c) umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt,**
  - d) umweltbezogene Auswirkungen auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter,**
  - e) die Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern,**
  - f) die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie,**
  - g) die Darstellungen von Landschaftsplänen sowie von sonstigen Plänen, insbesondere des Wasser-, Abfall- und Immissionsschutzrechts,**
  - h) die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität auch in Gebieten, in denen die durch Rechtsverordnung zur Erfüllung bindender Beschlüsse der Europäischen Gemeinschaft festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden,**
  - i) die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes nach den Buchstaben a, c und d,**

## **§ 1a Ergänzende Vorschriften zum Umweltschutz**

### **Absätze 1 und 2**

- (1) Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind die nachfolgenden Vorschriften zum Umweltschutz anzuwenden.**
- (2) Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden;**  
dabei sind zur **Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen.**  
Landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden.  
**Die Grundsätze nach den Sätzen 1 und 2 sind nach § 1 Abs. 7 in der Abwägung zu berücksichtigen**



## § 1a Abs. 3

- (3) **Die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts in seinen in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe a bezeichneten Bestandteilen (Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz) sind in der Abwägung zu berücksichtigen.** Der Ausgleich erfolgt durch geeignete Darstellungen und Festsetzungen nach den §§ 5 und 9 als Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich. So weit dies mit einer geordneten städtebaulichen Entwicklung und den Zielen der Raumordnung sowie des Naturschutzes und der Landschaftspflege vereinbar ist, können die Darstellungen und Festsetzungen nach Satz 1 auch an anderer Stelle als am Ort des Eingriffs erfolgen. Anstelle von Darstellungen und Festsetzungen können auch vertragliche Vereinbarungen nach § 11 oder sonstige geeignete Maßnahmen zum Ausgleich auf von der Gemeinde bereitgestellten Flächen getroffen werden. Ein Ausgleich ist nicht erforderlich, so weit die Eingriffe bereits vor der planerischen Entscheidung erfolgt sind oder zulässig waren.

## **§ 1 a Abs. 4**

**(4) Soweit ein Gebiet im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigt werden kann, sind die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes über die Zulässigkeit und Durchführung von derartigen Eingriffen einschließlich der Einholung der Stellungnahme der Kommission anzuwenden.**

## **§ 2 Abs. 3**

**(3) Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind die Belange, die für die Abwägung von Bedeutung sind (Abwägungsmaterial), zu ermitteln und zu bewerten.**

## **§ 2 Abs. 4 Satz 1 BauGB**

**(4) Für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a wird eine Umweltprüfung durchgeführt, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt werden und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden;**

**die Anlage zu diesem Gesetzbuch ist anzuwenden.**

## § 2 Abs. 4 Satz 1

- **Grundnorm für die Umweltprüfung:**
  - **Ermittlung aller umweltbezogenen Belange im Aufstellungsverfahren**
  - **Bewertung der ermittelten Belange**
  - **Beschreibung der Ergebnisse im Umweltbericht**
  - **Berücksichtigung in der Abwägung? Abs. 4 Satz 4**

## **Ermittlung: § 2 Abs. 4 Satz 1**

### **➤ Checklisten für die Umweltprüfung:**

- **Gegenstand der Ermittlung:**  
§ 1 Abs. 6 Nr. 7
- **Vorgehensweise bei der Ermittlung:**  
Anlage, Nummer 2
- **Umfang der Ermittlung:**  
§ 2 Abs. 4 Satz 1  
voraussichtlich *erhebliche* Umweltauswirkungen

## **Bewertung, § 2 Abs. 4 Satz 1**

- **rein umweltbezogene Betrachtung**
- **Bewertungsmaßstäbe:**
  - **allgemeine Ziele des § 1 Abs. 5 Satz 2**
  - **Bodenschutzklausel, § 1a Abs. 2**
  - **Eingriffsregelung, § 1a Abs. 3**
  - **Erhaltungsziele und Schutzzweck von FFH- Gebieten, § 1a Abs. 4**
  - **Fachpläne des Naturschutz-, Wasser-, Abfall- und Immissionsschutzrechts, § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe g**
  - **in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegte Ziele des Umweltschutzes, Anlage**
  - **Trennungsgrundsatz, § 50 BImSchG**
  - **LuftreinhaltungsRL**
  - **LärminderungsRL**

## **§ 2 Abs. 4 Satz 2**

**Die Gemeinde legt dazu für jeden Bauleitplan fest, in welchem Umfang und Detaillierungsgrad die Ermittlung der Belange für die sachgerechte Abwägung erforderlich ist.**



## **Ermittlung: § 2 Abs. 4 Satz 2**

- **„Scoping“**
- **Grundnorm für den Prüfungsumfang:  
Abwägungsbeachtlichkeit**
- **interner Verfahrensschritt  
Grundlage für das Scoping mit Behörden**

## **§ 2 Abs. 4 Satz 3**

**Die Umweltprüfung bezieht sich auf das, was nach gegenwärtigen Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfmethoden sowie nach Inhalt und Detaillierungsgrad des Bauleitplans angemessenerweise verlangt werden kann.**

**Verdeutlichung des Prüfungsumfangs:  
Verhältnismäßigkeit**

## **§ 2 Abs. 4 Satz 4**

- **Das Ergebnis der Umweltprüfung ist in der Abwägung zu berücksichtigen.**

## **§ 2 Abs. 4 Satz 5**

**Wird eine Umweltprüfung für das Plangebiet oder für Teile davon  
in einem Raumordnungs-,  
Flächennutzungs- oder  
Bebauungsplanverfahren durchgeführt,  
soll die Umweltprüfung in einem zeitlich nachfolgenden  
Bauleitplanverfahren  
auf zusätzliche oder andere erhebliche  
Umweltauswirkungen beschränkt werden.**

## **§ 2 Abs. 4 Satz 6**

**Liegen Landschaftspläne oder sonstige Pläne nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe g vor, sind deren Bestandsaufnahmen und Bewertungen in der Umweltprüfung zu heranzuziehen.**

**§ 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe g**

**die Darstellungen von Landschaftsplänen  
sowie von sonstigen Plänen,  
insbesondere des Wasser-,  
Abfall- und  
Immissionsschutzrechts,**

# **Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2 a**

## **Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2a**

- **Funktion: Gliederung für den Umweltbericht**
- **Nummer 1: Einleitung**
- **Nummer 2: Vorgehensweise**
- **Nummer 3: zusätzliche Angaben**



## **Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2a Absatz 1**

**Der Umweltbericht nach § 2 Abs. 4 und § 2a Satz 2 Nr. 2 besteht aus**

**1. einer Einleitung mit folgenden Angaben:**

**a) Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele des Bauleitplans, einschließlich der Beschreibung der Festsetzungen des Plans mit Angaben über Standorte, Art und Umfang sowie Bedarf an Grund und Boden der geplanten Vorhaben und**

**b) Darstellung der in einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes, die für den Bauleitplan von Bedeutung sind, und der Art, wie diese Ziele und die Umweltbelange bei der Aufstellung berücksichtigt wurden,**

**(noch Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2a,  
Absatz 2)**

- 2. einer Beschreibung und Bewertung der  
Umweltauswirkungen, die in der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4  
Satz 1 ermittelt wurden, mit Angaben der:**
- a) Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des  
derzeitigen Umweltzustands, einschließlich der Umweltmerkmale  
der Gebiete, die voraussichtlich erheblich beeinflusst werden,**
  - b) Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands  
bei Durchführung der Planung und bei Nichtdurchführung der  
Planung,**
  - c) geplanten Maßnahmen zur Vermeidung,  
Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen  
und**
  - d) in Betracht kommenden anderweitigen  
Planungsmöglichkeiten, wobei die Ziele und der räumliche  
Geltungsbereich des Bauleitplans zu berücksichtigen sind**

**(noch Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2a,  
Absatz 2)**

**3. folgenden zusätzlichen Angaben:**

**a) Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren bei der Umweltprüfung sowie Hinweise auf Schwierigkeiten, die bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten sind, zum Beispiel technische Lücken oder fehlende Kenntnisse,**

**b) Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen der Durchführung des Bauleitplans auf die Umwelt und**

**c) allgemein verständliche Zusammenfassung der erforderlichen Angaben nach dieser Anlage.**

## **§ 2a Begründung zum Bauleitplanentwurf, Umweltbericht**

**Die Gemeinde hat im Aufstellungsverfahren dem Entwurf des Bauleitplans eine Begründung beizufügen.**

**In ihr sind entsprechend dem Stand des Verfahrens**

- 1. die Ziele, Zwecke und wesentlichen Auswirkungen des Bauleitplans und**
- 2. in dem Umweltbericht nach der Anlage zu diesem Gesetzbuch die auf Grund der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 ermittelten und bewerteten Belange des Umweltschutzes**

**darzulegen.**

**Der Umweltbericht bildet einen gesonderten Teil der Begründung.**

## **§ 5 Abs. 5 BauGB**

**(5)** Dem Flächennutzungsplan ist eine **Begründung mit den Angaben nach § 2a** beizufügen.

## § 12 Abs. 1 Vorhaben- und Erschließungsplan

- (1) Die Gemeinde kann durch einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan die Zulässigkeit von Vorhaben bestimmen, wenn der Vorhabenträger auf der Grundlage eines mit der Gemeinde abgestimmten Plans, zur Durchführung der Vorhaben und der Erschließungsmaßnahmen (Vorhaben- und Erschließungsplan) bereit und in der Lage ist und sich zur Durchführung innerhalb einer bestimmten Frist und zur Tragung der Planungs- und Erschließungskosten ganz oder teilweise vor dem Beschluss nach § 10 Abs. 1 verpflichtet (Durchführungsvertrag).

**Die Begründung des Planentwurfs hat die nach § 2a erforderlichen Angaben zu enthalten.**

**Für die grenzüberschreitende Beteiligung ist eine Übersetzung der Angaben vorzulegen, soweit dies nach den Vorschriften des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig ist.**

Für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan nach Satz 1 gelten ergänzend die Absätze 2 bis 6.

## § 12 Abs. 2

- (2) Die Gemeinde hat auf Antrag des Vorhabenträgers über die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens nach pflichtgemäßen Ermessen zu entscheiden.
- **Auf Antrag des Vorhabenträgers, oder sofern die Gemeinde es nach Einleitung des Bebauungsplanverfahrens für erforderlich hält,**
- **informiert die Gemeinde diesen über den voraussichtlich erforderlichen Untersuchungsrahmen der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4**
- **unter Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 1.**

## **Überleitungsvorschriften zum Europarechtsanpassungsgesetz (EAG Bau)**

- **. (1) Abweichend von § 233 Abs. 1 werden Verfahren für Bauleitpläne und Satzungen nach § 34 Abs. 4 Satz 1 und § 35 Abs. 6, die nach dem 20. Juli 2004 förmlich eingeleitet worden sind oder die nach dem 20. Juli 2006 abgeschlossen werden, nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu Ende geführt.**
- **(2) Abweichend von Absatz 1 finden auf Bebauungsplanverfahren, die in der Zeit vom 14. März 1999 bis zum 20. Juli 2004 förmlich eingeleitet worden sind und die vor dem 20. Juli 2006 abgeschlossen werden, die Vorschriften des Baugesetzbuchs in der vor dem 20. Juli 2004 geltenden Fassung weiterhin Anwendung. Ist mit gesetzlich vorgeschriebenen einzelnen Verfahrensschritten noch nicht begonnen worden, können diese auch nach den Vorschriften dieses Gesetzes durchgeführt werden.**
- **Weitere Überleitungsregelungen zu §§ 5, 19, 22, 35 Abs. 6, §§ 45 ff., 171 a, 171 e BauGB**



# **Beteiligung von Öffentlichkeit und Behörden**

- **Umsetzung im BauGB**

## **§ 3 Abs. 2**

### **Änderungen gegenüber geltendem Recht:**

- **Begrifflichkeiten**
- **Auslegung:**  
**auch die wesentlichen vorliegenden Stellungnahmen**
- **Bekanntmachung:**  
**Arten der verfügbaren Umweltinformationen**
- **Bekanntmachung:**  
**Hinweis auf Präklusion**  
**(§ 4a Abs. 6)**

## § 3 Beteiligung der Öffentlichkeit

- (1) Die Öffentlichkeit ist möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebiets in Betracht kommen, und die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten; ihr ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben. Von der Unterrichtung und Erörterung kann abgesehen werden, wenn (...)
- (2) Die Entwürfe der Bauleitpläne sind mit der Begründung **und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen** für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.  
Ort und Dauer der Auslegung **sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind**, sind mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt zu machen; **dabei ist darauf hinzuweisen, dass** Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass **nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.** [...]

## § 4

### Beteiligung der Behörden

- (1) Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, sind entsprechend § 3 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 zu unterrichten und zur Äußerung im Hinblick auf Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 aufzufordern.**

**(„Scoping“)**

**Hiernach schließt sich das Verfahren nach Absatz 2 auch an, wenn die Äußerung zu einer Änderung der Planung führt.**

## **§ 4 Abs. 2**

**(2) Die Gemeinde holt die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, zum Planentwurf und zur Begründung ein. [...]**

## **§ 4 Abs. 3**

- **(3) Nach Abschluss des Verfahrens zur Aufstellung des Bauleitplans informieren die Behörden die Gemeinde, sofern nach den ihnen vorliegenden Erkenntnissen die Durchführung des Bauleitplans erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt hat.**

## **§ 4a Gemeinsame Vorschriften zur Beteiligung Abs. 1:**

- (1) Die Vorschriften über die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung dienen insbesondere der vollständigen Ermittlung und zutreffenden Bewertung der von der Planung berührten Belange.**
- indizielle Bedeutung für die Rechtmäßigkeit**

## **§ 4 a Abs. 2**

**(2) Die Unterrichtung nach § 3 Abs. 1 kann gleichzeitig mit der Unterrichtung nach § 4 Abs. 1, die Auslegung nach § 3 Abs. 2 kann gleichzeitig mit der Einholung der Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 durchgeführt werden.**



## **§ 4a Abs. 3 BauGB**

- (3) Wird der Entwurf des Bauleitplans nach dem Verfahren nach § 3 Abs. 2 oder § 4 Abs. 2 geändert oder ergänzt, ist er erneut auszulegen und sind die Stellungnahmen erneut einzuholen.**
- Dabei kann bestimmt werden, dass Stellungnahmen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen abgegeben werden können; hierauf ist in der erneuten Bekanntmachung nach § 3 Abs. 2 Satz 2 hinzuweisen.**
  - Die Dauer der Auslegung und die Frist zur Stellungnahme kann angemessen verkürzt werden.**
  - Werden durch die Änderung oder Ergänzung des Entwurfs des Bauleitplans die Grundzüge der Planung nicht berührt, kann die Einholung der Stellungnahmen auf die von der Änderung oder Ergänzung betroffene Öffentlichkeit sowie die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschränkt werden.**

## **§ 4 a Abs. 4**

- (4) Bei der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung können ergänzend elektronische Informationstechnologien genutzt werden.**

**Soweit die Gemeinde den Entwurf des Bauleitplans und die Begründung in das Internet einstellt, können die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durch Mitteilung von Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 und der Internetadresse eingeholt werden;**

**die Mitteilung kann im Wege der elektronischen Kommunikation erfolgen, soweit der Empfänger hierfür einen Zugang eröffnet hat.**

**Die Gemeinde hat bei Anwendung von Satz 2 Halbsatz 1 der Behörde oder dem sonstigen Träger öffentlicher Belange auf dessen Verlangen einen Entwurf des Bauleitplans und der Begründung zu übermitteln; § 4 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.**

## **§ 4a Abs. 5**

**(5) Bei Bauleitplänen, die erhebliche Auswirkungen auf einen anderen Staat haben können, sind die Gemeinden und Behörden des Nachbarstaats nach den Grundsätzen der Gegenseitigkeit und Gleichwertigkeit zu unterrichten. Abweichend von Satz 1 ist bei Bauleitplänen, die erhebliche Umweltauswirkungen auf einen anderen Staat haben können, dieser nach den Vorschriften des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung zu beteiligen; für die Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Behörden des anderen Staats, einschließlich der Rechtsfolgen nicht rechtzeitig abgegebener Stellungnahmen, sind abweichend von den Vorschriften des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung die Vorschriften dieses Gesetzbuchs entsprechend anzuwenden.**

## **§ 4a Abs. 6**

- (6) Stellungnahmen, die im Verfahren der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nicht rechtzeitig abgegeben worden sind, können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben,**
- sofern die Gemeinde deren Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und**
  - deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bauleitplans nicht von Bedeutung ist.**
  - Satz 1 gilt für in der Öffentlichkeitsbeteiligung abgegebene Stellungnahmen nur, wenn darauf in der Bekanntmachung nach § 3 Abs. 2 Satz 2 zur Öffentlichkeitsbeteiligung hingewiesen worden ist.**

## **§ 4a, gemeinsame Vorschriften zur Beteiligung**

### **➤ Überblick:**

- Abs. 1: Bedeutung für die Rechtmäßigkeit**
- Abs. 2: Möglichkeit der gleichzeitigen Durchführung**
- Abs. 3: erneute Auslegung**
- Abs. 4: Nutzung neuer Medien**
- Abs. 5: grenzüberschreitende Beteiligung**
- Abs. 6: Präklusion**

## **Zusammenfassende Erklärung: § 5 Abs. 5 Satz 2 und § 10 Abs. 4**

- **Dem Flächennutzungs- bzw. Bebauungsplan ist**
- **„eine zusammenfassende Erklärung beizufügen**
- **über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung**
- **in dem Plan berücksichtigt wurden,**
- **und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten**
- **gewählt wurde.“**

# **Planerhaltungsvorschriften**

- **§§ 214, 215, 233 Abs. 2**

## **§ 2 Abs. 3**

**(3) Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind die Belange, die für die Abwägung von Bedeutung sind (Abwägungsmaterial), zu ermitteln und zu bewerten.**



## **§ 4a**

### **Gemeinsame Vorschriften zur Beteiligung**

- **(1) Die Vorschriften über die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung dienen insbesondere der vollständigen Ermittlung und zutreffenden Bewertung der von der Planung berührten Belange.**

## **§ 214**

### **Beachtlichkeit der Verletzung von Vorschriften über die Aufstellung des Flächennutzungsplans und der Satzungen; ergänzendes Verfahren**

- **(1) Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzbuchs ist für die Rechtswirksamkeit des Flächennutzungsplans und der Satzungen nach diesem Gesetzbuch nur beachtlich, wenn**
  - **1. entgegen § 2 Abs. 3 die von der Planung berührten Belange, die der Gemeinde bekannt waren oder hätten bekannt sein müssen, in wesentlichen Punkten nicht zutreffend ermittelt oder bewertet worden sind und wenn der Mangel offensichtlich und auf das Ergebnis des Verfahrens von Einfluss gewesen ist;**

## **§ 214 Abs. 1 Satz Nr. 2**

- **(1) Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzbuchs ist für die Rechtswirksamkeit des Flächennutzungsplans und der Satzungen nach diesem Gesetzbuch nur beachtlich, wenn**
- **2. die Vorschriften über die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nach § 3 Abs. 2, § 4 Abs. 2, §§ 4a und 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3, § 22 Abs. 9 Satz 2, § 34 Abs. 6 Satz 1 sowie § 35 Abs. 6 Satz 5 verletzt worden sind;**
- **dabei ist unbeachtlich, wenn bei Anwendung der Vorschriften einzelne Personen, Behörden oder sonstige Träger öffentlicher Belange nicht beteiligt worden sind, die entsprechenden Belange jedoch unerheblich waren oder in der Entscheidung berücksichtigt worden sind,**
- **oder einzelne Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, gefehlt haben,**
- **oder bei Anwendung des § 13 Abs. 3 Satz 2 die Angabe darüber, dass von einer Umweltprüfung abgesehen wird, unterlassen wurde,**
- **oder bei Anwendung des § 4a Abs. 3 Satz 4 oder des § 13 die Voraussetzungen für die Durchführung der Beteiligung**
- **nach diesen Vorschriften verkannt worden sind;**

## **§ 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3**

- **3. die Vorschriften über die Begründung des Flächennutzungsplans und der Satzungen sowie ihrer Entwürfe nach §§ 2a, 3 Abs. 2, § 5 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 und Abs. 5, § 9 Abs. 8 und § 22 Abs. 10 verletzt worden sind;**
- **dabei ist unbeachtlich, wenn die Begründung des Flächennutzungsplans oder der Satzung oder ihr Entwurf unvollständig ist;**
- **abweichend von Halbsatz 2 ist eine Verletzung von Vorschriften in Bezug auf den Umweltbericht unbeachtlich, wenn die Begründung hierzu nur in unwesentlichen Punkten unvollständig ist;**

## **§ 214 Abs. 4**

- **(4) Der Flächennutzungsplan oder die Satzung**
- **können durch ein ergänzendes Verfahren zur Behebung von Fehlern**
- **Auch rückwirkend in Kraft gesetzt werden.**

## **§ 215 Frist für die Geltendmachung der Verletzung von Vorschriften**

- **(1) Unbeachtlich werden**
- **1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,**
- **2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und**
- **3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,**
- **wenn sie nicht innerhalb von zwei Jahren seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplans oder der Satzung**
- **schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.**

## § 233 Abs. 2

- **(2) Die Vorschriften des Dritten Kapitels Zweiter Teil Vierter Abschnitt zur Planerhaltung sind auch auf Flächennutzungspläne und Satzungen entsprechend anzuwenden, die auf der Grundlage bisheriger Fassungen dieses Gesetzes in Kraft getreten sind.**
- **Unbeschadet des Satzes 1 sind auf der Grundlage bisheriger Fassungen dieses Gesetzes unbeachtliche oder durch Fristablauf unbeachtliche Fehler bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen und Satzungen auch weiterhin für die Rechtswirksamkeit dieser Flächennutzungspläne und Satzungen unbeachtlich.**
- **Abweichend von Satz 1 sind für vor dem Inkrafttreten einer Gesetzesänderung in Kraft getretene Flächennutzungspläne und Satzungen die vor dem Inkrafttreten der Gesetzesänderung geltenden Vorschriften über die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, von Mängeln der Abwägung und von sonstigen Vorschriften einschließlich ihrer Fristen weiterhin anzuwenden.**

## **§ 47 VwGO**

- **Keine Unterscheidung mehr zwischen „nichtigen“ und „unwirksamen“ Satzungen**
- **Neuer Begriff: „unwirksame Satzungen“**



# **§ 13 Vereinfachtes Verfahren**

## **Abs.1**

- (1) Werden durch die Änderung oder Ergänzung eines Bauleitplans die Grundzüge der Planung nicht berührt oder wird durch die Aufstellung eines Bebauungsplans in einem Gebiet nach § 34 der sich aus der vorhandenen Eigenart der näheren Umgebung ergebende Zulässigkeitsmaßstab nicht wesentlich verändert,**
- kann die Gemeinde das vereinfachte Verfahren anwenden, wenn**
- 1. eine Zulässigkeit von Vorhaben, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht unterliegen, nicht vorbereitet oder begründet wird,**
  - 2. keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b genannten Schutzgüter bestehen.**

## **§ 13 Vereinfachtes Verfahren**

### **Abs. 2**

**(2) Im vereinfachten Verfahren kann**

- 1. von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 abgesehen werden,**
- 2. der betroffenen Öffentlichkeit Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb angemessener Frist gegeben oder wahlweise die Auslegung nach § 3 Abs. 2 durchgeführt werden,**
- 3. den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb angemessener Frist gegeben oder wahlweise die Beteiligung nach § 4 Abs. 2 durchgeführt werden**

## **§ 13 Vereinfachtes Verfahren**

### **Abs. 3**

- **(3) Im vereinfachten Verfahren wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4,**
- **von dem Umweltbericht nach § 2a und**
- **von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, abgesehen;**
- **§ 4c ist nicht anzuwenden.**
- **Bei der Beteiligung nach Absatz 2 Nr. 2 ist darauf hinzuweisen, dass von einer Umweltprüfung abgesehen wird.**
- **Keine „zusammenfassende Erklärung“.**